



# SYRIENEINSATZ?

## DER BEWAFFNETE IRRTUM – CONTRA –

**W**inston Churchill war ein Stratege. Im Kampf gegen den deutschen Teufel paktierte er mit dem sowjetischen Massenmörder. Auf die Idee, sich nur mit einem sowjetischen Führer zu verbünden, der zuvor nach Westminster-Regeln das Amt erlangt hätte, wäre er nicht gekommen. Der britische Strategie folgte stattdessen klar definierten Prioritäten. Erst die Nazimörderbände niederringen, dann Europa neu ordnen, auch gegen den von Anfang an erwarteten sowjetischen Widerstand.

Gewiss: Putin ist nicht Stalin und Russland ist nicht die Sowjetunion, selbst wenn der Raub der Krim sicher kein Kavaliersdelikt war. Aber die mutwillige und völkerrechtswidrige Zerstörung des Irak durch Bush junior sowie die Zerstörung Libyens unter anglofranzösischer Führung waren es auch nicht.

Ist das alles schon vergessen? Ist auch der politische und militärische Misserfolg in Afghanistan schon aus dem Gedächtnis verschwunden? Wäre es nicht endlich an der Zeit, die gefährliche Krankheit der „strategischen Kurzfristigkeit in der internationalen Politik“ (Altbundespräsident Horst Köhler) zu überwinden? Sind die abscheulichen Anschläge in Paris und der widerwärtige Krieg in Syrien nicht Grund genug, politische Strategien zu entwickeln, die dieses Qualitätssiegel auch verdienen?

Die Einführung einer neuen politischen Ordnung in Syrien ist Sache der Syrer selbst. Es ist weder die Aufgabe der ins außenpolitische Abseits geratenen Europäischen Union noch der politisch schwächelnden Atlantischen Allianz. Wer die Welt der souveränen Staaten nicht dem Machthunger

gefräßiger Oppositionsgruppen preisgeben oder, wie im Nahen Osten, wiederherstellen will, muss Veränderungen von innen betreiben. Wer hingegen militärischen Interventionen, wie jetzt auch von Deutschland beschlossen, das Wort redet, bewirkt Staatenzerfall statt Staatenerhalt. Irak, Libyen, Jemen sind Warnung genug.

Die Konsequenzen für eine pragmatische Politik Deutschlands und Europas sind schmerzlich, aber sie sind unausweichlich: Herausragendes strategisches Interesse muss es sein, der nahöstlichen Nachbarregion zu Frieden und verbriefteter Stabilität zu verhelfen. Der Bürger- und Religionskrieg in Syrien muss beendet werden und dafür muss zuallererst jenen der Garaus gemacht werden, die den Massenmörder Baschar al Assad aus dem Amt schießen wollen. So bitter es ist: Ein Bündnis mit Assad ist unausweichlich, ein Bündnis mit dem syrischen Präsidenten gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ und gegen die ungezählten bewaffneten Oppositionsgruppen, die den Umsturz in Damaskus gewaltsam herbeizuführen trachten.

Im Bündnis mit Assad und mit der Hilfe von Putin kann ein Waffenstillstand gelingen. Sicher ist das freilich nicht. Aber ohne die Mitwirkung der beiden ist die Fortsetzung des Bürger- und Religionskriegs garantiert und die Entwicklung einer selbst gewählten politischen Ordnung unmöglich. Diese Ordnung aber ist zwingende Voraussetzung dafür, dass anschließend auch ein gemeinsamer Kampf gegen den Terrorismus, also auch gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ mit Aussicht auf Erfolg begonnen werden und gelingen kann. Terror lässt sich nicht mit Chaos bekämpfen.



WALTHER STÜTZLE  
ist Publizist und  
Honorarprofessor.  
Er war von 1998  
bis 2002 Staatssekretär  
des Verteidigungs-  
ministeriums

Willy Brandt wusste, dass Gewaltverzicht nur mit denen zu erreichen ist, die in der Sowjetunion alles andere als gewaltfrei regierten. Sacharow und Soltschenizyn wüssten das zu bezeugen. Ist das alles schon vergessen?

Der Terror in Paris und der Abschuss eines russischen Bombers durch die Türkei dürfen uns den strategischen Verstand nicht vernebeln. Mit Kampfbombengeschwadern über und gegen Syrien ist Waffenstillstand am Boden und Einhalt für Terroristen nicht zu erreichen. Aufklärungsflugzeuge der Bundeswehr werden daran nichts ändern. Was als Geste der Solidarität mit Frankreich deklariert wird, ist in Wahrheit ein bewaffneter Irrtum. Er wird die Wiener Syrienverhandlungen unter UN-Schirmherrschaft nicht beflügeln, sondern weiter erschweren. François Hollande hat die EU zu Beistand aufgerufen und, erstmals in der EU-Geschichte, dafür den strengen Beistandsartikel des Lissabonner Vertrags bemüht.

Eine Pflicht, das Falsche zu tun, gibt es für Deutschland allerdings nicht. Auch nicht im Verhältnis zum wichtigsten Partner in Europa. Warum also fällt der Bundesregierung nicht mehr ein, als Flugzeuge und eine Fregatte zu schicken? Warum hat man sich in der EU nicht zuallererst um eine gemeinsame politische Syrienstrategie bemüht? Ist das im EU-Vertrag verbrieft? Ziel einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik schon preisgegeben? Schaut Außenpolitik nur noch durch Kimme und Korn? Für nächtelange Sitzungen über Kredite für Griechenland hatten die Staats- und Regierungschefs der EU Zeit und Geduld. Ist eine gemeinsame Strategie, auch mit den USA und mit Russland, zur Abwendung eines nahöstlichen Flächenbrands etwa weniger wichtig? Wie weit wollen Merkel und ihre Amtsbrüder und -schwestern Europa eigentlich noch verschließen lassen?

Zugegeben: Die Flut der Syrienkommentare und Meinungen dokumentiert, dass niemand ein Allheilmittel für die Lösung des schwierigsten Problems seit dem Ende des Ost-West-Konflikts anzubieten weiß. Aber rechtfertigt das den schnellen Rückfall in die Interventionsroutine? 2001 befürchtete Helmut Schmidt, die militärische Intervention in Afghanistan werde eines Tages als Präzedenzfall dafür

## Statt noch mehr Kampfflugzeuge in den Himmel über Syrien zu schicken, sollte ein Transportflieger Syriens Präsident Baschar al Assad nach Wien bringen

dienen, Gleiches andernorts zu wiederholen. Er sollte recht behalten. Aber sein Rat ist schon vergessen. Kaum vier Wochen nach seinem Tod.

Statt noch mehr Kampfflugzeuge in den Himmel über Syrien zu schicken, sollte ein Transportflieger Baschar al Assad nach Wien bringen. Dort, am schon aufgeschlagenen UN-beschützten Verhandlungstisch, könnte er beweisen, dass Waffenstillstand und eine selbst gewählte politische Ordnung für Syrien auch sein erstes Ziel sind. Viel wäre gewonnen – und dem sogenannten „Islamischen Staat“ wäre der Nährboden des Bürgerkriegs entzogen. Außenminister Steinmeier hat ja recht, wenn er sagt, dass sowohl Assad wie auch die Oppositionsgruppen beweisen müssen, ob sie zum Waffenstillstand und zu einer gemeinsamen Lösung fähig sind. Aber warum nimmt man dann den Umweg über verstärkte Bombardements? Es wäre stattdessen der richtige Zeitpunkt, Assad in Wien zu testen. Misslingt der Versuch, ist immer noch Zeit, andere Wege und Mittel zu erwägen. Im Erfolgsfall indes wäre über eine dann auch militärisch zu beschützende Befriedung mittels UN-Mandat zu befinden, wenn nötig auch mit deutscher Beteiligung. Dass solcherart praktiziertes diplomatisches Geschick Erfolge zeitigen kann, hat das jahrelange zähe und findige Ringen am Verhandlungstisch mit dem Iran zur Verhinderung einer iranischen Atomwaffe gezeigt.

Willy Brandt fasste seine politische Lebenserfahrung in den Satz: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Er wusste, Gewaltverzicht muss mit denen vereinbart werden, die über die Macht der Gewalt gebieten. Auch John F. Kennedy hat diese Einsicht beherzigt. Angesichts eines drohenden Krieges über Berlin wählte er den diplomatischen Weg und wies 1961 den Herrscher über den sowjetischen Gulag Nikita Chruschtschow in Wien im politischen Gipfelgespräch in die Schranken. Beiden Staatslenkern steckte die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs in den Knochen. Sie dachten vom strategischen Ziel her: Frieden bewahren, Krieg, gar eine nukleare Neuauflage, vermeiden. Und welchem strategischen Ziel soll der nun eingeläutete Syrienkrieg dienen? ●

